



Büro der Deutschen Reichsverweserin

Prov. Amtssitz * Kaiserstuhlstraße 39 * 79331 Teningen * Germ

Einwurfeinschreiben
Staatsanwaltschaft Freiburg
Fr. Daniel
Heinrich- von -Stephan- Str. 1
79100 Freiburg im Breisgau

Kaiserstuhlstraße 39
D-79331 Teningen

Kontakt
mkh.synergie@t-online.de

Tel +49 7663 948751
Fax +49 7663 948752

Geschäftszeichen
RVMKH 1946

Ihr Zeichen/Nachricht vom
450 Js 6896/23

Datum
24.05..2023

Beschluß vom “Amtsgericht“ Freiburg, Geschäftszeichen 32 Gs 813/23 v. 13 MRZ 2023 “Staatsanwaltschaft“ Freiburg 450 Js 23962/22 u. Aktenzeichen 450 Js 6896/23

Sehr geehrte Frau Daniel,

besten Dank für Ihr Schreiben vom 14.04.2023, das mich äußerst irritiert. Ferner weise ich ab sofort jedes Schriftstück einer Behörde der **provisorischen Bundesrepublik Deutschland** mit aller gebotenen Schärfe und Entschiedenheit zurück. Weitere Beschuldigungen dieser Art werden jetzt sehr sehr teuer.

Zum Ersten, ist das Schreiben an meinen Ehemann Wolfgang Harter adressiert und er wird auch persönlich angesprochen.

Zum Zweiten, auf dem “Beschluß“ des “Amtsgerichtes“ vom 13. MRZ ist seltsamer Weise das Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft mit der Nr. 450 Js 23962/22 angegeben.

Offenkundig ist da etwas ganz und gar nicht in Ordnung und muß definitiv berichtigt werden. Das ist aber leider noch nicht alles, denn Sie teilen in diesem Schreiben an meinen Mann mit, daß das Verfahren ganz plötzlich gemäß § 153 Abs. 1 eingestellt wird.

Dem Grund nach wäre das erfreulich, ist aber in diesem Fall leider nicht akzeptabel, denn,

zum Ersten, betrifft der Beschluß und diese Einstellung ausschließlich **mich persönlich** und **nicht meinen Mann**.

zum Zweiten, bin **ich** wie gesagt die Beschuldigte und werde unter keinen Umständen die Einstellung wegen einer lapidaren angeblichen **Geringfügigkeit** akzeptieren, denn der Einstellungsgrund muß lauten,

Einstellung wegen erwiesener Unschuld.

Denn die Bundesregierung ist grundsätzlich nicht berechtigt einen Vertreter des Bestehenden legalen und **rechtsfähigen** Staat Deutsches Reich anzugreifen und zu Unrecht zu beschuldigen. Hinzu kommt, daß die **Gebietsherrschaft**, trotz bedingungsloser Kapitulation der deutschen Wehrmacht, ausschließlich beim legalen Gebiets Herrn Deutsches Reich geblieben ist. Damit steht unzweifelhaft absolut fest, daß die Bundesrepublik/Bundesregierung keinen einzigen Quadratzentimeter deutschen Boden besessen hat und auch heute nicht besitzt, und somit nicht berechtigt ist, Grundsteuern zu verlangen, deutschen Boden an irgendjemanden abzutreten oder zu verkaufen usw. usw. d. h.

der Besitz der Gebietsherrschaft ist ausschlaggebend.

Das o. g. Theater wurde bereits 2019/2020 schon einmal durchgeführt und ich habe damals schon, als der Rechtsakt der Beendigung des Kriegszustandes noch nicht vollzogen war, den Beweis vorgelegt, daß diese Beschuldigung völlig unzutreffend ist und ich als Reichsverweserin **ausschließlich das gesetzlich staats- u. völkerrechtlich vorgeschriebene Hoheitszeichen verwenden muß.**

Das Zeichen der NSDAP ist in keiner Weise mit dem Hoheitszeichen des deutschen Reiches verwechselbar und hat heute mit dem Deutschen Reich auch nichts mehr zu tun.

Was in dieser Angelegenheit jetzt besonders klar- u. unmißverständlich herausgestellt werden muß, ist die Tatsache, daß in dem Beschluß des "Amtsgerichts" Freiburg vom 13. MRZ 2023 der Eingang dieser vorgeschriebenen Zustimmungs- u. Unabhängigkeitserklärungs-Urkunden inklusive dem Paket mit den Beweisdokumenten am **24.11.2021 beim Bundestag** d. h. bei allen Fraktionen und selbstverständlich auch bei der Bundesregierung eingegangen ist. Damit haben Sie dem deutschen Volk bestätigt, daß die Urkunden am 24.11.2021 eingegangen sind und mit dem Eingang dieser Urkunden ist die Bundesrepublik nach geltendem u. allgemein **anerkanntem** Völkerrecht unwiderruflich aufgelöst. **Besten Dank dafür!**

Mit der Eingangsbestätigung im Beschluß des "Amtsgerichts" Freiburg v. 13.MRZ:2923, daß diese Urkunden beim deutschen Bundestag eingegangen sind, und wir auch den Nachweis besitzen, daß diese bei den Alliierten ebenso eingegangen sind, ist der **KRIEGSZUSTAND** endlich völkerrechtlich bindend beendet und die durch die Alliierten nachweisbar 1949

provisorisch gegründete Bundesrepublik mit der Bundesregierung sowie dem Grundgesetz sind damit nach international anerkanntem Kriegsvölkerrecht unwiderruflich wieder beseitigt. Weder die Alliierten noch die Bundesregierung haben seit Nov. 2021 eine Existenzberechtigung auf dem Deutschen Reichsstaatsgebiet.

Die Begründung für dieses Spektakel auf Seite II dieses **“Beschlusses“** spricht Bände, insbesondere, weil man an sich jetzt mangels anderer Gründe, ausschließlich am Hakenkreuz festbeißt, **Zitat:** Bei dem **Hakenkreuz** handelt es sich um **ein Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation**. Dies war der Beschuldigten bewußt. Sie adressierte das Paket gezielt nicht an Einzelpersonen, sondern an die *Zentrale Poststelle* des Deutschen Bundestages, mit dem Ziel der Weitergabe **an alle**. Ihr Ziel war es, daß die Dokumente einem für sie nicht mehr überschaubarem Personenkreis zur Verfügung gestellt werden. **Das verwenden der verfassungswidrigen Kennzeichen erfolgte daher öffentlich.**
Zitat Ende!!!

Nehmen Sie mir es nicht übel, aber man müßte schallend lachen, wenn es nicht so traurig wäre denn diese Behauptung ist lächerlich.

Erstens, das Einwurfeinschreiben sowie die gesamten Beweisdokumente wurden an alle Fraktionen des Bundestags nebst der Bundesregierung gesandt, weil das juristisch staats- u. völkerrechtlich notwendig und vorgeschrieben ist. **Punkt!**

Zweitens, handelt es sich niemals um ein Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation wie die NSDAP, **sondern ausschließlich um das Hoheitszeichen des Deutschen Reiches, das für die Bundesregierung absolut tabu ist.**

Im Übrigen ist nach international gültigem und allgemein anerkanntem Kriegsvölkerrecht schon die Gründung der Bundesrepublik u. deren Regierung auf besetztem Reichsstaatsgebiet absolut verboten. Das gilt auch für Sieger, weil sich diese ebenso an das Völkerrecht zu halten haben, wie alle anderen auch.

Fakt ist ferner, daß das Hakenkreuz zu keinem Zeitpunkt separat von mir für ein Kennzeichen benutzt wurde und schon gar nicht das Kennzeichen der NSDAP, **sondern ausschließlich das gesetzlich vorgeschriebene komplette Hoheitszeichen des Deutschen Reiches** das für einen solchen Rechtsakt unerläßlich ist, und das wissen Sie genauso wie die Fraktionen und die Bundesregierung. Also unterlassen Sie künftig diesen Unsinn.

Tatsache ist, daß ich das an den gesamten deutschen Bundestag gesandt habe, war einzig und allein die Notwendigkeit den Bundestag mit allen Fraktionen über die veränderte Situation in Deutschland zu informieren, daß das **Provisorium Bundesrepublik Deutschland** seit Nov. 2021 quasi Geschichte ist. **Das hat mit dem Hakenkreuz allein überhaupt nichts zu tun..**

Tatsache ist ferner, daß unser Heimatstaat Deutsches Reich seit seiner Gründung durchgehend bis heute besteht und seit 1933 alleiniger Besitzer der Gebietsherrschaft und ein

rechtsfähiges Völkerrechtssubjekt geblieben ist. Daran hat weder der I. n.d. II. Weltkrieg, die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht, noch die Besetzung des Deutschen Reichs, noch die völkerrechtswidrige Übernahme der Regierungsgewalt etwas geändert. Bestimmte Teile der demokratischen Alliierten waren aber gezwungen, **nach dem Annexion seit 1890 verboten ist**, alle Friedensangebote der Reichsregierung abzulehnen und die Reichsregierung mit allen Mitteln zu beseitigen, um die Bundesrepublik mit einer weisungsgebundenen Regierung **zwangsinstallieren** zu können.

Denn nur so konnte man die deutsche Währung mit ihren **Reichsbankgesetzen**, insbesondere die mit ihren neuen Reichsbankgesetzen, die zur Beseitigung der **Zinsknechtschaft** geschaffen wurden, wieder beseitigen. Die Alliierten mußten davon ausgehen, daß das ansonsten weltweit Schule macht und ihre Weltherrschaftspläne vereitelt.

Denn das, war in erster Linie das Ziel des II Welt- Krieges und die Besetzung des deutschen Reiches und der völkerrechtswidrigen Übernahme der Regierungsgewalt.

Mit Hilfe des völligen Verbots zur Forschung über die Ursachen des Dritten Weltkriegs §130 STRGB und ganz besonders mittels dem Betrug 1955, mußte und konnte die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches verhindert werden. Aber weil selbst das an der Fortexistenz des Deutschen Reiches nichts ändern konnte, mußte die Reichsregierung nicht nur beseitigt, sondern regelrecht Dämonisiert werden, damit das deutsche Volk sich vom Dritten Deutschen Reich abwendet und niemals auf die Idee kommt das Deutsche Reich wieder handlungsfähig werden zu lassen. Das ist auch der Grund, warum das Hakenkreuz so vehement bis heute verteufelt wird. Denn ohne das gesetzlich vorgeschriebene **Reichsstaatssiegel (Hoheitsstaatssiegel)**, was quasi der **Ausweiß** des Deutschen Reiches ist, **kann der Kriegszustand mit dem Deutschen Reich nicht staats- u. völkerrechtlich verbindlich beendet werden.**

Jetzt habe ich diesen Plan durchkreuzt, und das Deutsche Reich sowie die Reichsbürger sind seit Nov. 2021 wieder frei und alleiniger Herr in unserem Land. Daran können weder die Alliierten, insbesondere die demokratische Besatzungsmacht in Deutschland noch die Bundesregierung nichts mehr ändern, **denn es ist bereits vollzogen. Punkt!**

Daß es sich bei diesen Machenschaften um massivste Völkerrechtsdelikte handelt braucht man nicht zu diskutieren.

Die Tatsache, daß man 1955 den größten Betrug aller Zeiten durchgeführt hat ist bezeichnend für diese Situation und beweist eindeutig, daß man vor nichts zurückschreckt, um das Deutsche Reich und deren Schutzgesetze, die von der Reichsregierung für das deutsche Volk geschaffen wurden, für immer auszuschalten, um Deutschland und das deutsche Volk weiter ausplündern und die Weltherrschaft erzwingen zu können.

Was die demokratische Besatzungsmacht nicht begreifen kann o. will ist, daß ihre Strategie jetzt aufgedeckt und beseitigt wurde und damit das Deutsche Reich mit dem deutschen Volk ohne Wenn u. Aber endlich wieder befreit sind. Dieser Rechtsakt wurde **zuerst** durchgeführt und **erst danach** dem Bundestag bekannt gegeben.

Beweisanlagen 1: Antwortnote der Militärgouverneure mit Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten v. 10.Juli 1948 Zeitungsberichte v. 1951 u. dem Betrug 1955 mit

dem erschienenen Zeitungsbericht der Berliner Morgenpost, Goldammer's Archiv für Staatsrecht v. 1960 und u. alle Beweise für das gültige Hoheitszeichen sowie das Harold Wallace Rosenthal Interview

Fakt ist, daß ich die Deutsche Reichsverweserin bin (aufgrund der **Staats.- u. Volks-Not-situation**, der **Resolution 56/83 S. 3 Atr. 9** und insbesondere, weil die BRD den biologischen Schutz des deutschen Volkes als verbrecherisch und rassistisch **ablehnt und damit das deutsche Volk nicht nur völlig führungslos, sondern insbesondere absolut schutzlos ist.** (aucwenn das nicht gefällt)

daß das Deutsche Reich nicht nur der legale und rechtsfähige deutsche Staat, sondern auch das **international anerkannte Völkerrechtssubjekt** ist. (auch wenn das nicht gefällt)

daß das Deutsche Reich Anspruch auf Existenz und seine Handlungsfähigkeit hat.

((auch wenn das nicht gefällt))

Ein weiterer entscheidender Punkt ist, daß ich als Reichsverweserin der geschäftsführenden Reichsregierung und alle meine ernannten Mitarbeiter seit Nov. 2021 definitiv Immunität besitzen.

Hinzukommt, daß eine "Behörde" der Bundesrepublik nach **geltendem allgemein anerkanntem Völkerrecht** weder für mich noch für meine Mitarbeiter noch für das deutsche Volk zuständig sein können oder dürfen!!!!

Das Völkerrecht sagt definitiv **nein**, und das **Völkerrecht gilt auch für die US-raelischen Alliierten.**

Beweisanlagen 2: Völkerrechtslehrbuch des Bundesministeriums der Verteidigung, Bundesweherschule Bad Ems, Friedrich Berber § 25 S.122 sowie die S.231, 232, 233,

Zitat: Die rechtliche Regelung des im Krieg besetzten feindlichen Staatsgebiets stellt die wichtigste räumliche Schranke des Kriegsrechts dar. Sie ist praktisch von besonderer großer Bedeutung; sie stelle dasjenige Gebiet des Kriegsrechts dar, auf dem in den letzten 150 Jahren, von der Basis einer fast völligen Rechtlosigkeit ausgehend, ein besonders großer rechtlicher Fortschritt gemacht worden ist. Sie verdient daher eine eingehende Darstellung, **und die genaue Kenntnis ihrer Regeln muß von den Armeeangehörigen aller Länder verlangt werden (...) Zitat Ende!**

Resümee

Es ist erschreckend, daß immer und immer wieder schwammige und undeutliche Formulierungsstrategien angewendet werden. Deshalb habe ich bewußt das Wort **anerkannt** in diesem Schreiben fettgeschrieben und unterstrichen, weil im GG Auflage 44 Seite 12 in Art 25 und selbst in der aktuellen Ausgabe 53. Auflage, S. 16 Art. 25 wieder getrixt wurde u. wird, in dem man im Textanfang einfach das Wort **anerkannt** weg läßt und nur das Wort allgemeines benutzt, weil man glaubt/hofft, daß es keiner merkt und damit ihre Auslegung des Völkerrechts zur Geltung gebracht wurde u. wird.

weiter §25 des allgemein anerkannt Kriegsrecht Friedrich Berber S. 132 b)

Zitat. b) Schutz der öffentlichen Ordnung,

Nach Art. 43 LKO hat die Besatzungsmacht alle von ihr abhängenden Vorkehrungen zu treffen, „um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten“.

“Aus der Vorläufigkeit der Besatzungsgewalt folgt, daß die Besatzungsmacht nicht an die Stelle des Gebietsherrn tritt, nicht zur Ausübung der Souveränität berechtigt ist, vielmehr der Gebietsherr weiterhin im Besitz der **Gebietshoheit** verbleibt und auch seine Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungshoheit, soweit nicht die Befugnisse der Besatzungsmacht entgegenstehen, weiterhin bestehen bleiben.

Aus der Vorläufigkeit der Besatzungsgewalt folgt insbesondere, daß, im Gegensatz zur Praxis früherer Jahrhunderte, Eroberung **nicht** der **Erwerbung** der **Souveränität** gleichsteht nicht zur **Annexion** des besetzten Gebietes oder zur **sonstigen Verfügung über es**, etwa zur **Schaffung** auf dem **neuer Staaten** auf dem **besetzten Gebiet berechtigt**, diese Akte vielmehr gegebenenfalls erst bei **Friedensschluß** vollzogen werden dürfen. Die trotzdem durch die Besatzungsmacht erfolgende **Annexion oder Staatenneubildung** stellt ein **Völkerrechtsdelikt** dar, das **keine Rechtswirkung** gegenüber dem **rechtmäßigen Gebietsherrn** hervorrufen kann. **Auch die Absetzung der Regierung des Feindstaates, oder die Einsetzung einer neuen Regierung für das besetzte Gebiet (häufig Puppen-, Marionetten-, oder Quisling- Regierung genannt) überschreitet die Befugnisse der Besatzungsmacht; eine solche Regierung ist nicht einmal als de-facto Regierung anzusehen, sondern als ein Organ der Besatzungsmacht. Maßnahmen einer solchen Regierung, die weitergehen als die Rechte der Besatzungsmacht sind widerrechtlich.** Dagegen kann die weitergehende These, daß die **legale gegnerische Regierung** bei nachfolgender gänzlicher Besetzung des feindlichen Gebiets und verbleib im besetzten Gebiet automatisch zur illegalen Quisling- Regierung und damit zum bloßen Besatzungsorgan herabsinke, **nicht als richtig anerkannt werden**, die Besatzungsmacht kann auch sonst im allgemeinen nicht **fundamentale Institutionen des besetzten Gebietes beseitigen (... ..) Zitat Ende!**

Resümee

Zunächst muß festgestellt werden, daß nach 1945 quasi alles völkerrechtswidrig also Kriegs.-Völkerrechtsdelikte waren und ab 24.11.2021 immer noch sind und definitiv erhebliche fundamentale Institutionen beseitigt wurden und immer noch werden. Womit für jeden Menschen mit gesundem Menschenverstand klar ist, warum 1955 dieser unglaubliche Betrug durchgeführt werden mußte, denn man konnte nicht zulassen, daß ihr böses und hinterhältiges Spiel auffliegt, und der Kriegszustand wirklich beendet wird. **Diesen Menschen ist wirklich nichts zu schade um das deutsche Volk zu täuschen und zu betrügen!**

Das heißt konkret, daß alles ab Nov. 2021 weitere Handlungen gegen das Deutsche Reich, seine Vertreter und insbesondere gegen das deutsche Volk weitere Völkerrechtsdelikte sind, die genauestens registriert, gesichert und hinterlegt wurden und werden. Wir, haben aus der Vergangenheit gelernt, entsprechend gehandelt und vorgesorgt. Zu gegebener Zeit wird man die Konsequenzen spüren, weil insbesondere Mord usw. keine Änderung mehr herbeiführen kann. Auch dafür ist vorgesorgt.

Das Ganze hatte mit Öffentlichkeit, in der Form wie in dem Beschluß behauptet, nicht das Ge

ringste zu tun. Ich wußte sehr genau, daß ich zuerst handeln muß, um jedes Verhindern dieses Rechtsaktes durch die **Bundesregierung** und der **demokratischen Besatzungsmacht** in Deutschland, von vornherein auszuschließen. Erst dann konnte und mußte der Bundestag mit allen Fraktionen sowie die Bundesregierung und insbesondere das deutsche Volk über die veränderte Sachlage informiert werden. **Auch das ist bereits durchgeführt und kann ebenso nicht mehr verhindert werden.**

Das Verdrehen der Tatsachen mit der Behauptung, daß es sich um Kennzeichen verfassungswidriger und seit neuestem auch noch terroristischer Organisationen handelt, sind absolute Lügen, denn das Dritte Deutsche Reich konnte selbst in Nürnberg **nicht** zu einer verbrecherischen oder terroristischen Organisation erklärt werden. Das Hoheitszeichen eines **bestehenden Völkerrechtssubjekts** ist für jeden, insbesondere für die **provisorisch gegründete Bundesrepublik mit der Bundesregierung** absolut tabu, denn die Bundesregierung ist

nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches,
nicht identisch mit dem Deutschen Reich,
nicht berechtigt für das Deutsche Reich zu handeln,
nicht zuständig für das deutsche Volk.

Damit ist unwiderlegbar bewiesen, daß die Einstellung mit **Geringfügigkeit** nicht das Geringste zu tun hat.

Der Einstellungsgrund kann und muß wahrheitsgemäß lauten,

Einstellung wegen erwiesener Unschuld. Punkt!

Bei dem Ihrem Überfall am 20.03.2023 entwendeten Sie Staatseigentum des Deutschen Reiches, das jetzt **unverzüglich**, ohne **Wenn** und **Aber**, **wieder zurückzubringen ist**, ansonsten zwingen sie mich und das deutsche Volk diesmal aktiv und massiv zu werden. Ich gehe davon aus, daß die Bundesregierung und Sie ebenso jede Eskalation vermeiden wollen.

Fakt ist, daß zur Beendigung des Kriegszustandes, nach Staats. u. Völkerrecht nachweisbar die **Zustimmung** des **international legalen Kriegsgegners**, das heißt ausschließlich mit Vertretern **des Deutschen Reiches möglich ist**, und das, **weiß nicht nur die Bundesregierung sehr genau.**

Beweisdokument 3: Völkerrechtslehrbuch Friedrich Berber § 20 aus dem international allgemein anerkannten Kriegsrecht S. 101

Zitat: Die faktische Wiederaufnahme der friedlichen Beziehungen zu der zunächst rein faktischen Einstellung der Feindseligkeiten muß der (zum mindesten stillschweigende Wille der bisherigen Gegners, den Krieg endgültig zu beenden und den Friedlichen Verkehr wieder aufzunehmen, **hinzutreten**, so daß man diesen Kriegsbeendigungsgrund auch als stillschweigenden Vertrag bezeichnen kann. Es genügt also der **einseitig erklärte Wille zur Kriegsbeendigung nicht, wenn nicht die andere Seite wenigstens stillschweigend damit einverstanden ist. Zitat Ende!**

Resümee

Wir alle wissen, daß 1955 kein einziger der Reichsregierung mehr vorhanden war, der hätte zustimmen können, auch nicht stillschweigend. Also hat man den Kriegszustand 1951 u. 1955 über die Presse einfach **einseitig** für beendet erklärt und Konrad Adenauer hat mitgespielt und über die Berliner Morgenpost wahrheitswidrig verkünden lassen, die **“Bundesrepublik sei nun souverän“**, was staats- und völkerrechtlich definitiv gar nicht möglich war, weil die Bundesrepublik/Bundesregierung gegen die Alliierten, wie gesagt, nie Krieg geführt hat und daher nicht besetzt und insbesondere für das Deutsche Reich nie handlungsberechtigt war. Die Bundesregierung wurde von den Alliierten bewußt als ihre weisungsgebundene Regierung eingesetzt. Daraus ergibt sich zwingend, daß die demokratischen Alliierten mittels Verträge usw. mit der Bundesregierung, den Kriegszustand verdeckt im Hintergrund, also mittels Betrug, bis im Nov.2021 weitergeführt haben. Das deutsche Volk aber mußte und ist davon ausgegangen, daß der Kriegszustand damit **tatsächlich beendet ist**.

Es ist allerhöchste Zeit, daß hier und jetzt absolut klargelegt wird, daß **“Amtsgerichte, Landgerichte u. Staatsanwaltschaften“** egal wo in Deutschland, **mir und auch dem deutschen Volk gegenüber grundsätzlich beweispflichtig sind**. Jetzt lassen Sie uns keine andere Wahl mehr als zu fordern, dem deutschen Volk den unwiderlegbaren Beweis vorzulegen, daß die Bundesregierung **Rechtsnachfolger der Reichsregierung geworden ist und daß, nach international anerkanntem Kriegsrecht, dies vollständig verboten ist**.

Fest steht ferner, daß man offenkundig dazu auch **nicht** in der Lage ist, warum sonst hat das Bundespresseamt versucht die Kapitulationsurkunde zu fälschen.

Nur um diese Willkür, verbunden mit diesem Terror endgültig zu beenden, werde ich mich jetzt **ein letztes Mal** bereit erklären darauf einzugehen, und noch einmal alle Beweise die nachweisen, daß diese Vorwürfe nichts weiter als **Willkür und Einschüchterungsmethoden** sind, vorzulegen.

Hier und jetzt ist es unumgänglich, daß das **allgemein anerkannte Kriegsvölkerrecht noch einmal zu Wort gekommen** ist, denn derzeit wird gerade von Amerika usw. Rußland wieder einmal vorgeworfen, das Völkerrecht zu brechen. Es muß allerdings ernsthaft gefragt werden, wer hier das Völkerrecht ständig und immer wieder bricht. Also ist es jetzt erforderlich dem sogenannten **provisorischen Bundestag** und insbesondere **der demokratisch alliierten Besatzungsmacht im Bundestag** klarzumachen, daß auch **Sie** sich an das Völkerrecht zu halten haben. Denn nach allgemein **anerkannten** Regeln des Völkerrechts, ist mit Zustellung der Zustimmungs- u. Unabhängigkeits-Erklärung der geschäftsführend tätigen deutschen Reichsregierung, die Zeit der Bundesregierung auf deutschem Reichsgebiet unwiderruflich beendet, weil der **Betrug von 1955 von mir erkannt, aufgedeckt und dann für das deutsche Volk im**

Nov. 2021 unwiderruflich beseitigt wurde. Punkt!

Exakt das habe ich, wie sie wissen, im Nov. 2021 durchgeführt, nicht mehr und nicht weniger, womit definitiv der Kriegszustand mit dem **Deutschen Reich, nicht** mit der

Bundesrepublik, unwiderruflich beendet wurde und das Deutsche Reich und das deutsche Volk, ohne Vorbehalte oder Wenn und Aber endlich wieder frei sind.

Außerdem wurden bereits alle dafür notwendigen Stellen informiert und die Dokumente zugestellt, aber erst danach an den Bundestag gesandt. Damit kann wie bereits gesagt nichts mehr verhindert werden.

Beweisdokument 4: Handbuch des Besatzungsrechts (Dr. G. Schmoller, Dr. H. M Maier und Dr. A. Tobler), S. 9, § 4)

Zitat: Folgerungen aus Deutschlands Rechtsfähigkeit

Die Feststellung, daß Deutschland als Staat fortbesteht, führt zu dem Ergebnis, daß Deutschland seine Rechtsfähigkeit behalten hat.

Nach der Völkerrechtslehre sind nur souveräne Staaten rechtsfähig. Die Fortexistenz Deutschlands als Staat bedeutet aber seine Fortgeltung **als s o u v r ä n e r Staat**. Alle Beschränkungen, die Deutschland durch die Besetzung auferlegt werden, sind nicht Beschränkungen der Souveränität, sondern nur Beschränkungen der **Handlungsfähigkeit**. Die Übernahme der **“obersten Gewalt“** (“supreme authority with respect to Germany“), **beibehalten wird**, hatte **nicht die Übernahme der Souveränität**, sondern der **Regierungsgewalt zum Gegenstand. Rechtsfähigkeit eines Staates bedeutet seine Fähigkeit Träger von völkerrechtlichen Rechten und Pflichten zu sein. Alle rechtsfähigen Staaten gehören unmittelbar der Völkerrechtsgemeinschaft an; das Völkerrecht gilt für und gegen diese Staaten.** Die BesMächte haben die Geltung des Völkerrechts für das Besetzte Deutschland häufig verneint und sich dabei auf die **bedingungslose Kapitulation Deutschlands** berufen. Noch in den jüngsten Erklärungen der BesMächte) wird auf die bedingungslose Kapitulation als **die eigentliche Kriegsgrundlage** der Besetzung Deutschlands verwiesen. Über die Natur der bedingungslosen Kapitulation, die von Jodel am **7.5.1945** in Reims von Friedburg, Keitel und Stumpf mit Zustimmung des damaligen Regierungschefs Dönitz am **8.5. 1945** in Berlin unterzeichnet wurde, ist im Ausland viel gesprochen und geschrieben worden (.....) **Zitat Ende!**

Beweisdokument 5: Der Große Wendig S. 760 Abs. 1, Richtigstellungen zur Zeitgeschichte “Bundespresseamt fälscht Kapitulationsurkunde

Zitat: „Die unterzeichneten Kapitulationsdokumente haben ausschließlich militärischen Charakter. Keine befugte deutsche Instanz gab den Siegern die rechtlichen Voraussetzungen zur Übernahme der Regierungsgewalt und zur Verstümmelung des deutschen Vaterlandes. Der legale Anspruch des deutschen Volkes auf Kontinuität und Einheit seines Reiches blieb auch über die Katastrophe des Jahres 1945 gewahrt.

Diese bezeichnenden Vorkommnisse sind nur damit erklärbar, daß im Rahmen der Verfälschung der deutschen Geschichte offenbar die Absicht bestand und wohl noch besteht, die rein **militärische Kapitulation** der deutschen Wehrmacht am 7/8. Mai 1945 in eine allgemeine Kapitulation des deutschen Staates **umzudrehen**, die völkerrechtlich umfassende Auswirkungen hätte. **Zitat Ende!**

Resümee

Hier wird absolut klar warum von der **demokratischen Besatzungsmacht in Deutschland und der Bundesregierung** ständig von der **bedingungslosen Kapitu-**

lation Deutschlands gesprochen wurde und wird. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, daß es keine bedingungslose Kapitulation Deutschlands gegeben hat. Jetzt wird auch hier deutlich, wie mit dem Wort **Deutschland** getrixt wird und warum das Bundes**presse**amt versucht hat, die Kapitulationsurkunde zu fälschen, um aus er **bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu machen**, was umfassendere Auswirkungen für das deutsche Volk gehabt hätte. **Genau das, was man dann seit 1949 in Deutschland praktiziert.**

Damit ist alles gesagt und geklärt und es gibt keine Ausreden mehr.

Okupation/Besetzung

Bei einer Okkupation oder Besetzung (je nach Kontext auch Besetzung; von lateinisch occupare, besetzen) wird in einem bevölkerten Gebiet die vorhandene Staatsgewalt durch einen externen Machthaber auf dessen Initiative einseitig ersetzt. Dies geschieht meist mit militärischen Mitteln. In jüngerer Zeit zeichnet sich eine Besetzung auch dadurch aus, daß die Okkupationsmacht völkerrechtlich nicht zur legalen Exekutive wird. Im Gegensatz zur Annexion wird das fremde Territorium jedoch **nicht** dem eigenen Staatsgebiet staats – u. völkerrechtlich einverleibt. Nach Souveränität strebende Bevölkerungsgruppen bezeichnen häufig den Staat, der ihr Territorium beherrscht als **Besatzungsmacht**, auch wenn es sich dabei um keine Okkupation im juristischen Sinne handelt. Okkupanten sind analog dazu einzelne Vertreter der Besatzungsmacht oder ihre im Lande anwesende Gesamtheit. Bei der Okkupation wird zwischen friedlicher (occupatio pacifica) und kriegerischer Besetzung (occupatio bellica) unterschieden.

Beweisdokument 6: Resolution 56/83

Zitat: Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen S. 3 Art. 9

Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der Staatlichen Stellen

Das Verhalten einer **Person oder Personengruppe** ist als **Handlung** eines **Staates** im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder Personengruppe in **Abwesenheit** oder des **Ausfalls** der staatlichen Stellen **faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern. Zitat Ende!**

Resümeec

Also ist die Übernahme des Amtes als Reichsverweserin zum Ersten, durch den massiven und akuten **Staats- u. Volksnot**stand, aber insbesondere, daß durch die Resolution 56/83 meine Handlung staats- u. völkerrechtlich als **Staats- u. Volksnotwehr** absolut gerechtfertigt und legitimiert sind. Was die Zustimmungserklärung, der Reichsverweserin an die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die Alliierten, die EU usw., versehen mit dem staats– u. völkerrechtlich rechtsgültigen und gesetzlich vorgeschriebenen **Reichsstaatsssiegel**, das versehen ist mit dem **Hakenkreuz**, betrifft, ist der Kriegszustand wie bereits oben mehrfach gesagt **unwiderruflich völkerrechtlich bindend beendet**. Damit ist das von der Bundesregierung seit 1955 beanspruchte

Existenzrecht, was die nachweisbar **provisorisch gegründete Bundesrepublik/Bundesregierung, mit Unterstützung der demokratischen Besatzungsmacht in Deutschland und den drei Westalliierten bis heute einfach beansprucht wird**, endgültig vorbei ist, und es definitiv bewiesen ist, daß der **Kriegszustand staats- u. völkerrechtlich jetzt tatsächlich unwiderruflich beendet ist.**

Jetzt ist definitiv absolut Schluß mit Lustig

Das deutsche Volk verlangt jetzt ohne Wenn und Aber sein absolutes Recht auf Freiheit, insbesondere ohne die von den Alliierten provisorisch gegründete und offenkundig deutschfeindliche Bundesregierung, denn diese ist für das deutsche Volk eine absolute Z u m u t u n g.

Zum Abschluß muß die Aufmerksamkeit auf Dr. jur. Georg Meinecke gerichtet werden, denn es sollte unter keinen Umständen versäumt werden die Informationen des Dr. jur. Georg Meinecke zu lesen.

Beweisdokument 7: Schriften von Dr. jur. Georg Meinecke, S. 9 u. 11

Ist die Bundeskanzlerin Angela Merkel die größte Verbrecherin in Deutschland seit 1945?

Zitat: Angela Merkels radikale Grenzöffnung ist ein Historischer **Rechtsbruch**. Das mit Spannung erwartete Rechtsgutachten des Verfassungsrichters Udo di Fabio erschüttert das politische Berlin. Ausgerechnet eine Regierungspartei weist der Regierung Verfassungsbruch nach.“

weiter S. 11

Zitat: der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Hans Jürgen Papier gab 2015 im „Handelsblatt“ u. a. zu Protokoll:

„Die Flüchtlingskrise offenbart ein eklatantes Politikversagen. Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so Tief wie derzeit“

So etwas hat man in dieser Schärfe von einem Verfassungsgerichtspräsidenten noch nie gehört! Papier´s Kritik wirkt im Kern politisch motiviert, doch deklariert er die Forderung nach einer Eindämmung der Flüchtlingsstromes gleichermaßen als Verfassungspflicht. Das hat aus dem Munde eines ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten sicherlich besonderes Gewicht! **Zitat Ende!**

Resümee

Jetzt ist es für das deutsche Volk ganz besonders wichtig und entscheidend zu erleben, ob

sich die Bundesregierung selbst, deren Behörden "Amts u. Landgerichte sowie die Staatsanwaltschaften" usw. an das Staats- u. Völkerrecht halten werden. Für das deutsche Volk ist in diesem Fall wie gesagt insbesondere die akute Situation mit der katastrophalen und verheerenden Migrationspolitik von Angela Merkel, der Bundesregierung und auch die diesbezügliche Reaktion des Verfassungsrichters Di Fabio und besonders Verfassungsgerichtspräsident Prof. Dr. Hans Jürgen Papier sind diesbezüglich besonders aufschlußreich. Daraus läßt sich unschwer und ohne jeden Zweifel entnehmen, daß sich das deutsche Volk in, massivem u. akutem höchst gefährlichem Staats- und Volksnotstand befindet, und nicht nur von der Bundesregierung und der demokratische Besatzungsmacht sträflichst mißbraucht und für alles Unglück in der Welt verantwortlich gemacht und weiter als Zahlmeister mißbraucht wird.

Fakt ist, daß das deutsche Volk definitiv **kein Untertan irgendeiner Regierung** ist, und schon gar nicht **Untertan der Bundesregierung oder der demokratischen Besatzungsmacht**, denn auch hier hat man die Deutschen, mittels massivstem Betrug auf besetztem Staatsgebiet, zu Wahlen manipuliert, obwohl man sehr genau weiß, daß auf **besetztem Staatsgebiet, Wahlen nach geltendem Kriegs-Völkerrecht ungültig sind.**

Jetzt zum Krönenden Abschluß

Beweisdokument 8: Resolution A/RES/3050 (XXVIII) 18.September 1973 S. 2 der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Zitat: Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen. Entscheidend ist hier die Aussage in der Resolution 3050(XXVIII) von 18. September 1973 in der Vereinten Nationen auf Site 2 ab Zeile 13.

Mit dieser Erklärung haben sich die vier Regierungen eine eigene Erklärung abgegeben und über ihre eigene Erklärung abgestimmt.

Die Folge ist, daß die **Bundesrepublik nicht frei und souverän** die Interessen des deutschen Volkes in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vertritt, **sondern vielmehr die Interessen, gemäß Artikel 133 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, des Vereinten Wirtschaftsgebietes. Dies ist auf Grundlage der Militärgesetze der Amerikaner, Briten und Franzosen geschaffen worden.**

Diese Tatsache kann jeder Bürger, Regierungsbeamte und jedes Staatsoberhaupt der **Weltgemeinschaft** an den Taten der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland erkennen. **Zitat Ende!**

Resümee

Jetzt gibt es keine Ausreden mehr, da ist alles klar und überdeutlich, insbesondere hat sich in der Auflage 41 von 2007, Auflage 43 von 2011, Auflage 44 von 2013 und in der neuesten Auflage 53 von 2023 im Art. 133 bis heute nichts geändert hatte bzw. seit Nov. 2021 wurde der Kriegszustand völkerrechtlich verbindlich beendet und das deutsche Volk und das Deutsche Reich sind ohne Vereinbarungen oder Verträge definitiv unwiderruflich frei und die Alliierten sowie die Bundesregierung haben kein Existenzrecht mehr in Deutschland.

Beweisdokument 9: Fax vom 11.Juli 1951, Büro Dr. Vockel Berlin – Bundeshaus

Zitat: Der **Bundesregierung als einziger Regierung die berechtigt ist, die Interessen des ganzen deutschen Volkes wahrzunehmen** sind bisher von Brasilien, Indien, Ägypten, Mexico, Großbritannien, Australien und Südafrika Mitteilungen über die Beendigung des Kriegszustandes zugegangen. Diese Mitteilungen beziehen sich alle auf „Deutschland“. Sie sind daher nicht auf die Bundesrepublik beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf Berlin und die Ostzone.

Hallstein

Damit ist bewiesen, daß die sogenannte demokratische Besatzungsmacht in Deutschland und die drei Alliierten, uns Deutschen, seit ihrem Betrug 1955 vorschreiben, wer in Deutschland Regierung sein darf und wer nicht. Dafür wurde das deutsche Volk bis 2021 vollständig entmündigt.

Aber das deutsche Volk ist seit Nov. 2021 definitiv frei und wieder uneingeschränkter Auftraggeber einer Regierung und bestimmt **wer** in unserem Land Regierung **sein darf** und **wer** nicht und ist damit grundsätzlich **Chef** in unserem Land. **Auch wenn das von den Alliierten und der Bundesregierung mit allen Mitteln zu verhindern versucht wird.** Der akute **Staats- und Volks-Not-stand**, macht ohne Wenn und Aber die absolute **Staats- u. Volks-Not-wehr überlebensnotwendig.**

Der Einsatz einer Reichsverweserin, **die ohne Wenn u. Aber den biologischen Schutz sowie die echte Vertretung des deutschen Volkes, in Verbindung mit der Resolution 56/83, Art. 9 garantiert, bestätigt die absolute Notwendigkeit der Staats u. Volks-Not-wehr** und ist daher **absolut überlebensnotwendig.**

Aus den oben genannten und mit diesem Schreiben übergebenen Beweisdokumenten ergibt sich zweifelsfrei, daß die Bundesrepublik/Bundesregierung nebst allen Fraktionen gezielt von den Alliierten als **einzig rechtmäßige Vertretung des deutschen Volkes und bezeichnet und verlangt wird**, weil nur diese ihren verbrecherischen Anspruch vollständig Weisungsgebunden zu sein und ihnen garantiert, daß der biologische Schutz des deutschen Volkes vehement abgelehnt wird, damit das deutsche Volk schleichend ausgerottet werden kann. Jetzt soll das offenkundig durch die Flüchtlingspolitik der Fr. Merkel usw. beschleunigt werden, weil man erkennt, daß der Widerstand in Deutschland immer deutlicher und massiver wird.

Damit ist jedem Deutschen mit gesundem Menschenverstand klar, daß die Bundesregierung in **jeder Beziehung** für das deutsche Volk **unzumutbar** ist.

Eins ist in jedem Fall sicher, daß **alles** was gesagt, getan oder geschrieben wird, zu gegebener Zeit, gegen sie verwendet wird. Ferner gelten seit Nov.2021 die alliierten Besatzungsgesetze

mit den Bundesrepublikanischen Besatzungs- Gesetzen nicht mehr und **alle** Reichsgesetze sind bereits rechtswirksam. Hinzu kommt, daß wenn man zum Beispiel das BGB von 1950 und das von heute nebeneinanderstellt, wird einem übel. Nach allen vorgelegten Beweisen und auch nach eigener Aussage von Konrad Adenauer ist ersichtlich für **was** und für **wen** die Bundesregierung gearbeitet hat und bis heute arbeitet. Dies bestätigt definitiv die Resolution A/RES/3050 S. 2 von 1973.

Das Schreiben erfüllt nicht den Anspruch der absoluten Vollständigkeit, wir verlangen deshalb jederzeit die Möglichkeit der Ergänzung.

BGBL 10.Februar 2004.

Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung.

Ab sofort gilt für alle Mitarbeiter der Bundesregierung absolutes Grundstücks u. Hausverbot.

Die Reichsverweserin
gez. M. K. Harter

Dieses Schreiben ist elektronisch erstellt und ohne Unterschrift gültig. Ab sofort wird's teuer, ob unterschrieben oder nicht!